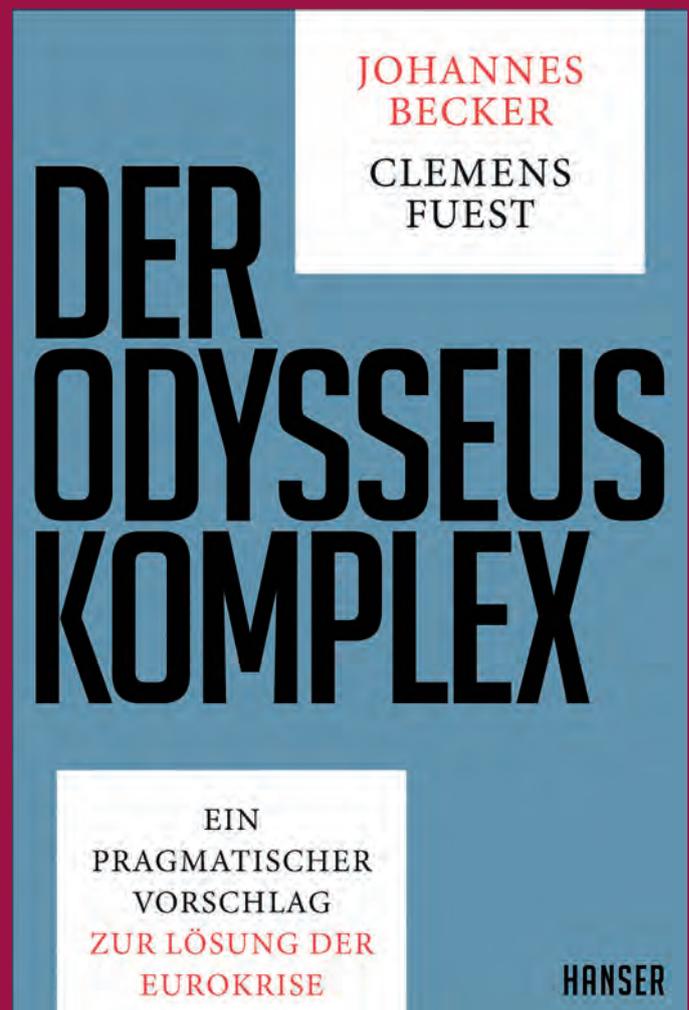


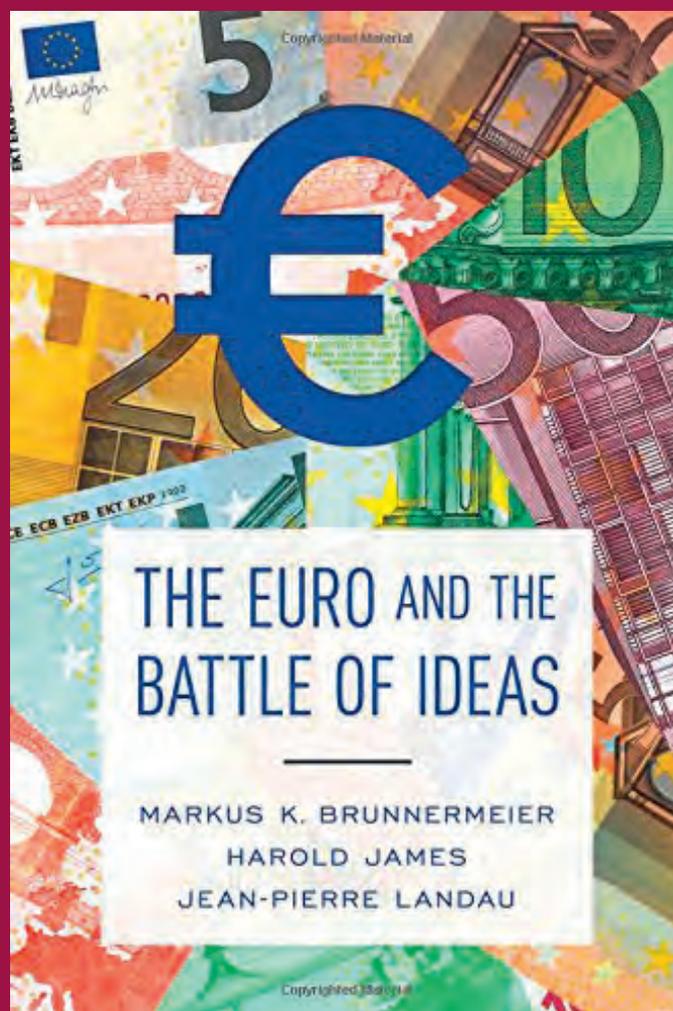
# Europa in der Krise !?

Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer



Die Wahrnehmungen über Europas Zukunft ändern sich – so scheint es – mittlerweile fast im Jahrestakt. Schien es 2013 noch so, als sei die 2010 ausgebrochene Eurokrise mit Draghis „Whatever it takes“-Rede von 2012 überwunden, so war sie 2015 mit den Grexiters um Tsipras in voller Wucht wieder zurück. Mit der Flüchtlingskrise 2015 wuchs sich die Eurokrise zu einer EU-Krise aus und der Brexit 6/2016 dokumentierte eine regelrechte Anti-EU-Stimmung, jedenfalls in England.

Seitdem schwingt das Pendel wieder zurück: Die unerwartete Wahl Trumps 11/2016 mit der isolationistischen Kehrtwende der USA brachte die Europäer wieder näher zusammen. Die Wahlen in den Niederlanden und in Deutschland im Frühjahr 2017 stärkten die proeuropäischen Kräfte. Die anschließende Wahl des dezidierten Pro-Europäers Macron und der erdrutschartige Sieg seiner politischen Bewegung in Frankreich lösten eine neue Europa-Zuversicht aus. Und zuletzt haben die europäischen Feierlichkeiten im Zusammenhang mit dem Tod Helmut Kohls 6/2017 das Geschenk eines in Frieden und Freiheit wieder zusammen gewachsenen Europas symbolisch sichtbar werden lassen. Vor diesem Hintergrund bieten drei Bücher von Ökonomen über Europa Reflexionen über den Stand und die Zukunft der Europäischen Integration.



**Johannes Becker, Clemens Fuest: Der Odysseus Komplex. Ein pragmatischer Vorschlag zur Lösung der Eurokrise. Hanser Verlag 2017, 285 Seiten, Fester Einband, ISBN 978-3-446-25461-9. € 24,00**

Die Eurokrise schwelt weiter. Politik und Medien wenden sich ab und aktuellen Brennpunkten zu. Sobald die Eurokrise wieder aufflammen wird, drohen erneut hektische Krisensitzungen von Rat und Kommission, an deren Ende wieder Entscheidungen zu befürchten sind, die zwar kurzfristig die Finanzmärkte beruhigen, aber keine dauerhaften Lösungen beinhalten. Diesem drohenden Szenario wollen die Autoren eine zukunftsweisende, konzeptionelle Perspektive entgegen setzen.

Fuest, 49, ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der LMU München und zudem Präsident des ifo-Instituts. Zuvor lehrte er an den Universitäten Köln, Oxford und Mannheim, fungierte als Präsident des ZEW und hatte 2007–2010 den Vorsitz des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen inne. Becker, 40, ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Münster.

Ausgangspunkt der Autoren ist die Tatsache, dass die mit dem Maastricht-Vertrag 1992 geschaffene Europäische Währungsunion (EWU) keine eigene Staatlichkeit besitzt und daher auch keine Weisungsbefugnis gegenüber ihren Mitgliedstaaten (MS) haben kann. Sie ist daher auf vertragskonformes Verhalten der MS angewiesen. Genau dieses aber, die Selbstbindung an vertraglich vereinbarte Regelungen, lassen die MS vermissen, wenn es ihnen politisch opportun erscheint. Wie Odysseus, der sich, um dem ins Verderben führenden

Gesang der Sirenen nicht zu erliegen, mit festem Knoten an den Mast seines Floßes binden lässt, binden sich die MS der EWU an die Regeln der Union. Anders als jener behalten sie sich aber vor, den Knoten zu lösen, d.h. die Regeln außer Kraft zu setzen, wenn es ihnen nützlich erscheint. Das ist die Crux der Währungsunion, der titelgebende „Odysseus Komplex“.

Was also tun? Die EWU auflösen und zu den nationalen Währungen zurückkehren? Einen Bundesstaat mit Durchgriffsrechten auf die Teilstaaten oder zumindest eine Fiskalunion mit Durchgriffsrechten auf die nationalen Haushalte? Weder für das eine noch für das andere sehen die Autoren den politischen Willen. Hoffnung setzen auf Verhaltensänderungen bei Wählern und Politikern derart, dass sie sich von nun an als Europäer, nicht mehr als Deutsche, Franzosen usw. verhalten? Solchen Visionen hängen die Autoren nicht nach. Stattdessen begnügen sie sich damit, institutionelle Änderungen vorzuschlagen. Da sie Institutionen nicht geknüpft sehen an

menschliche, schon gar nicht an nationale Charaktere, halten sie Institutionen für sehr viel leichter anpassbar als Verhaltensweisen. Das ist die Pragmatik ihres Vorschlages zur Lösung der Eurokrise.

An welche Institutionen denken die Autoren und in welcher Weise sollten sie reformiert werden? Es sind drei Regelungskomplexe, die sie als Ursache der Krise ausmachen: Unzureichende Bankenregulierung, wirkungslose Schuldenbremsen, fehlende Rettungsmechanismen. An ihnen sollten die institutionellen Verbesserungen ansetzen und zur Krisen-Verhinderung, -Handhabung, -Überwindung beitragen.

Mit der Darstellung der Symptome der Krise beginnt das Buch. Der Benennung der Krisen-Ursachen sowie der zwischenzeitlich erfolgten Regeländerungen dienen die folgenden beiden Kapitel. Den Erörterungen der institutionellen Reformvorschläge sind die anschließenden drei Kapitel gewidmet. Zum Ende des Buches hin verdichten die Autoren ihre Vorschläge zu einem Fünf-Punkte-Programm.

Darin empfehlen sie

(1) eine Bankenregulierung, die höheres Eigenkapital, eine Eigenkapitalunterlegung von Staatsanleihen sowie eine Auslagerung der Bankenaufsicht aus der EZB verlangt,

(2) eine öffentliche Nettoneuverschuldung jenseits der erlaubten 0,5% des BIP zuzulassen, allerdings nur in Form nachrangiger Anleihen, sogenannter Accountability Bonds,

(3) eine Staatenrettung nur über den ESM, nicht über die EZB, mit automatischer Laufzeitverlängerung der Staatsschuldentitel um drei Jahre bei Beantragung der ESM-Mittel,

(4) eine obligatorische Schuldenrestrukturierung in einer Schuldenkonferenz, falls drei Jahre

nach Beantragung der ESM-Mittel kein Kapitalmarktzugang möglich ist,

(5) eine EZB mit engerer Aufgabenzuweisung ohne Kompetenz zur Staatenrettung, Staatsfinanzierung und Bankenaufsicht.

Was ist davon zu halten? Die Empfehlungen (1) bis (3) führen zu risikogerechteren Zinssätzen für die öffentliche Verschuldung. Diese Vorschläge verdienen uneingeschränkte Unterstützung. Die Verschuldungskontrolle eines Landes durch die Masse der Kapitalmarktteilnehmer ist allemal besser als die als politische Erpressung empfundene Kontrolle durch ein Gläubigerland. Zudem ist zu bedenken, dass, nachdem in einer Währungsunion der nominale Wechselkurs als Anpassungsinstrument entfällt und die Löhne wegen ihrer geringen Flexibilität nur beschränkt Anpassungsleistungen erbringen können, flexible Zinsen das einzige verbleibende Flexibilitätsinstrument sind. Die derzeit marktwidrige Fixierung der Zin-

**A**uch wenn, wie die Autoren selbst sagen, ihre Vorschläge die Eurokrise nicht „lösen“ würden, so würden sie doch dem Euroraum eine bessere Perspektive eröffnen als nahezu alles andere, was man bisher dazu lesen konnte. Der politische Kern des Problems ist klar erkannt und benannt: Das Maastricht-Konzept des „unpolitischen Geldes“ ist in der Eurokrise geopfert worden – zur Freude derer, die es von Anfang an nicht wollten. So ist der Euro auf dem Weg zum Transfergeld.

sen auf niedrigstem Niveau für öffentliche Schulden eliminiert auch noch den dritten der drei wichtigen makroökonomischen Preise Wechselkurs, Lohn und Zins. In der EWU wird daher derzeit das Stück „Marktwirtschaft ohne Marktpreise“, eine Art Hamlet ohne den Prinzen, aufgeführt.

Der Leser fragt sich freilich, ob diese Reformvorschläge in allen Ländern auf Zustimmung stoßen und wenn nicht, wie sie durchgesetzt werden können. Schließlich profitieren viele Euroländer von der Möglichkeit, den Markt als Disziplinierungsinstrument umgehen zu können und in der EZB einen willfährigen Käufer ihrer Schuldtitel zu haben.

Einen Hebel, um die Zustimmung der Schuldnerländer zu ihrem „pragmatischen Vorschlag“ zu gewinnen, sehen die Autoren in der Lösung der Altschuldenproblematik. Sie sind – zurecht – der Meinung, dass ohne Lösung des Problems der Altschulden eine wirtschaftliche Erholung der Eurozone auf absehbare Zeit nicht möglich ist. Die traditionellen Entschuldungsinstrumente Inflation, Zinsdeckelung, Wachstum, Vermögensabgaben sind rechtlich, wirtschaftlich oder politisch nicht oder in nicht ausreichendem Umfang gangbar. Implizite Schuldenvergemeinschaftungen durch wohlklingende Fonds und Pakte oder die EZB-Käufe von Staatsschuldtiteln, lehnen sie zu Recht ab. Stattdessen plädieren sie für eine offene, demokratisch legitimierte Solidarhaftung für Staatsschulden jenseits der 60%-Grenze. Die Bereitschaft zur Übernahme dieser Solidarhaftung sollte Deutschland aber an die Bedingung knüpfen, die genannten institutionellen Reformen vertraglich zu vereinbaren. Auf diese Weise käme Deutschland auch aus der Rolle des ewigen Neinsagers heraus und hätte stattdessen einen attraktiven „Deal“, um diese merkantil-neupräsidentale Terminologie aus Übersee zu verwenden, anzubieten. Zudem könnte Deutschland so der Strategie Frankreichs und Italiens, die Währungsunion schrittweise in eine Transferunion zu transformieren, eine eigene, alternative Strategie entgegen setzen, was nach dem Brexit nötiger werden dürfte als je zuvor.

Mit einem Ausblick auf die zukünftige Rolle Deutschlands in der EWU schließt das Buch ab.

Auch wenn, wie die Autoren selbst sagen, ihre Vorschläge die Eurokrise nicht „lösen“ würden, so würden sie doch dem Euroraum eine bessere Perspektive eröffnen als nahezu alles andere, was man bisher dazu lesen konnte. Der politische Kern des Problems ist klar erkannt und benannt: Das Maastricht-Konzept des „unpolitischen Geldes“ ist in der Eurokrise geopfert worden –zur Freude derer, die es von Anfang an nicht wollten. So ist der Euro auf dem Weg zum Transfergeld. Vorschläge, wie die der Autoren, diesen Weg zu stoppen, sind aller Ehren wert. Sie basieren aber letztlich auf der gleichen Hoffnung, die schon in Maastricht getrogen hat, nämlich der, dass vertragliche Vereinbarungen eingehalten werden, wenn es später Mehrheiten von Ländern gibt, die die Einhaltung nicht wollen. Und ob die südeuropäischen Länder sich auf den vorgeschlagenen Deal „Solidarhaftung gegen Reformen“ überhaupt einlassen werden, oder die nächste Krise abwarten, in der dann die Solidarhaftung vermutlich ohnehin kommt, wird man sehen.

Den Autoren Becker und Fuest gebührt jedenfalls das Verdienst, ein gut durchdachtes Konzept zu einer notwendigen Reform des Maastricht-Vertrages vorgelegt zu haben.

**Hans-Werner Sinn: Der schwarze Juni. Brexit, Flüchtlingswelle, Euro-Desaster – Wie die Neugründung Europas gelingt. Herder Verlag, Freiburg 2016, 382 Seiten, ISBN 978-3-451-80876-0. € 24,99**

Sinn, 69, ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität, ehemaliger Präsident des ifo-Institutes München, des Vereins für Socialpolitik und des Weltverbandes der Finanzwissenschaftler, Ehrendoktor zahlreicher Universitäten, Träger vieler weiterer Auszeichnungen und vielgelesener Autor ökonomischer Sachbücher. Formal korrekt müsste es heißen „Professor im Ruhestand“, aber einen Professor Sinn im Ruhestand gibt es nicht. Jedenfalls nicht in diesen Zeiten.

Was sind das für Zeiten? Seit 2010 befindet sich die Europäischen Union (EU) im Krisenstatus: Zum ersten hat sich die Eurozone von dem erhofften Integrationsmotor zu einem faktischen Spaltpilz entwickelt: Es begann mit den – vertragswidrigen – fiskalischen Rettungsprogrammen von 2010. Es folgte die – ebenfalls vertragswidrige – Zusage des Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB) 2012 an die Gläubiger, die Steuerzahler aller Eurostaaten für die Schulden der kriselnden Eurostaaten in Haftung zu nehmen. Zum zweiten offenbart die Flüchtlingswelle mit ihrem vorläufigen Höhepunkt im Jahr 2015 fundamentale Meinungsverschiedenheiten zwischen den EU-Mitgliedstaaten über den Umgang mit den Flüchtlingen. Zum dritten hat die Brexit-Entscheidung am 23. Juni 2016 mit dem ersten Austritt eines EU-Landes, noch dazu eines der großen Länder, das Selbstverständnis der Gemeinschaft tief erschüttert. Und zum vierten schließlich hat die Kapitulation des Bundesverfassungsgerichts BVerfG vor dem Europäischen Gerichtshof EuGH am 21. Juni 2016 klargestellt, dass das BVerfG nicht gewillt ist, dem vom EuGH gebilligten Missbrauch der Geldpolitik der EZB für eine Umverteilung von Nord nach Süd entgegen zu treten. Die beiden im Juni getroffenen Entscheidungen, das „Austrittsbillett“ für das Vereinigte Königreich, UK, und der „Freifahrtsschein“ für die EZB haben dem Buch den Titel gegeben.

Sinn schildert die volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Brexit, der Flüchtlingswelle und der als Geldpolitik verbrämten Staatenrettungspolitik der EZB in der ihm eigenen, unnachahmlichen Deutlichkeit. Die klare und bildhafte Sprache, die unerbittliche Logik der vorgetragenen Argumente, die Benennung von „Ross und Reiter“ bei Fehlentwicklungen sowie die Überzeugungskraft der präsentierten Fakten würden die Lektüre zu einer reinen Freude machen, wenn die diagnostizierte Lage nicht so düster wäre.

Zum Glück belässt Sinn es nicht bei der Diagnose sondern er präsentiert im letzten der fünf Kapitel des Buches über 80 Seiten hin einen 15-Punkte Plan zur Therapie. Sie verlangt nicht weniger als eine „Neugründung Europas“. Das Buch ist eine Aufforderung an die Bundesregierung, für eine solche Neugründung Europas, die ohne eine Änderung der EU-Verträge nicht zu haben ist, einzutreten. Über die Schwierigkeit,